

Adorfer Wochenblatt.

Mittlungen

über örtliche und vaterländische Angelegenheiten.

Sechzehnter Jahrgang.

Preis für den Jahrgang bei Bestellung von der Post: 1 Thaler, bei Bestellung des Blattes durch Botengelegenheit: 22 Ngr. 5 Pf.

N^o 10.

Mittwoch, 5. März

1851.

Drei Tage aus dem Leben eines sächsischen Volksvertreters.

III.

1850.

(Schluß.)

Wir haben hiermit die Rede des Herrn Ministers, ihrem Hauptinhalte nach, mitgetheilt. Der Herr Minister widersprach nämlich damit der gegnerischen Behauptung: daß, wenn die Union nicht zu Stande komme, alsdann nichts übrig bleiben werde, als die Rückkehr zum Bundestage. — Erst in wenig Tagen wird dieser Widerspruch seinen ersten Geburtstag feiern, und schon hat es inmittelst sich erwiesen, daß nicht nur „dem Allvater“, — wie Unger sagt — sondern auch der Reaction kein Ding „unmöglich“ ist. Kurhesen weiß davon zu erzählen.

Auffallend war es übrigens, daß diese Rede, ihrer glänzenden Außenseite ungeachtet und trotzdem, daß darin selbst an die sonst leicht erregbaren Saiten des Dresdner Partikularismus mit geschickter Hand geschlagen worden war, doch keines einzigen Beifallszeichens sich zu erfreuen hatte, während solche der einfachen Rede des Herrn v. Carlowitz in der vorherigen Sitzung so zahlreich zu Theil geworden waren.

Nach dem Minister sprach Kresschmar. Er glaubte mit Recht, daß „er eher die Elbe werde rückwärts fließen sehen, als daß man sich herbeilassen werde, eine neue Nationalversammlung nach Mammen's Ideen zu berufen.“ Daß Oesterreich und Baiern als Schwerpunkt in Deutschland gelten könnten, habe selbst der Minister nicht behauptet. Er ist daher mit der „Abschlagszahlung“ vom 26. Mai zufrieden und erklärt sich für die Carlowitz-Rüttnerschen Anträge.

Ihm folgte der vormalige Minister D. Weinlig, ohne jedoch mit seiner Rede die Erwartungen zu erfüllen, die man von diesem wackeren Kenner der materiellen Interessen Sachsens gehegt hatte. Er fürchte — begann er — daß in dieser Sache beschlossen werden würde, was die Regierung, Mammen und Poppe (großdeutsche, reactionäre Richtung) wolle, nämlich — Nichts. (Heiterkeit.) Er urtheile unbefangen in der Sache, trotzdem, daß er „in officiellen und halboffi-

ciellen Blättern“ als Ministercandidat und Portefeuillejäger oder als landesverrätherischer Staatsdiener bezeichnet werde. Was das Portefeuille betreffe, so habe er die Süßigkeiten eines Ministerpostens drei Monate lang gekostet, und was den zweiten Vorwurf betreffe, so könne er ebenfalls darüber ruhig sein. Er habe seine Ansichten in dieser Sache weder von Frankfurt noch von Gotha geholt; wolle man ihnen einen Spitznamen geben, so nenne man sie die Ansichten „eines unpraktischen Doctrinellen.“ Er gehe davon aus, daß nur das Positive gestaltunfähig, das Negative aber gehaltlos sei. Darum müsse ein Anfang gemacht werden. Gehe man auf die hauptsächlichsten Wünsche der Bewegung des Jahres 1848 zurück, so finde sich namentlich darunter auch das Begehren einer parlamentarischen Regierung. Diese sei practisch unausführbar in kleinern Staaten, welche einen solchen Aufwand an Staatsmännern nicht machen könnten. Wenn man aber diese nicht erreiche, werde die Neugestaltung der deutschen Verhältnisse den Volkswünschen nicht entsprechen. Gerade dieses Begehren sei aber auch in einem kleinern Umfange Deutschlands zu erreichen. — Mit dem von der Regierung (bei dem Raibündnisse) gemachten Vorbehalte ist der Redner einverstanden, kann aber nicht daraus dieselben Consequenzen ziehen, und „sieht namentlich nicht ein, inwiefern der Vorbehalt unverträglich gewesen mit der Zustimmung zur Berufung des Reichstages.“ Es hätte dann im Gegentheile die Geltendmachung desselben gleichzeitig bei dem Verwaltungsrathe und bei dem Reichstage, hier von der Regierung, dort von den Abgeordneten erfolgen können; denn darüber, was Sachsen unter allen Umständen erhalten bleiben müsse, würden Regierung und Abgeordnete einig gewesen sein. Die Regierung habe sich also selbst der wirksamsten Mittel begeben, ihren Vorbehalt mit Erfolg geltend zu machen. Dadurch, daß man die Weigerung, der Einberufung des Reichstages beizustimmen, auf den Vorbehalt gegründet, sei übrigens erst Anlaß gegeben worden, die Rechtsbeständigkeit desselben in Zweifel zu ziehen. Aus dem Grunde, aus welchem er für die Reichsverfassung gestimmt, stimme er auch jetzt für Erfurt, nämlich damit nur ein Anfang gemacht und der